



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter
und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Reichsmark
Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Wahlbetrachtung eines Gewerkschafters.

Wahlwoche! Nur wenige Tage und da fällt mit die Entscheidung über die politischen Voraussetzungen der nächsten vier Jahre. Du hast zu wählen, König Volk!

König Volk? Mit einem Male? Allerdings, warst du vier lange Jahre hindurch nur Plebs, nur StraÙe, vor der ein anständiger Bürgerblodpolitiker sich nicht beugte. Du warst Masse, dumpf, faul, begehrt! Deinetwegen liegt die deutsche Wirtschaft noch immer hoffnungslos am Boden, weil die Soziallasten, die aber durch dich aufgebürdet wurden, weil deine „hohen“ Löhne sie erdrückten und konkurrenzunfähig machten. Und es ist deshalb deine eigene Schuld, wenn es dir heute schlecht geht. Was warst du in den vier Jahren Bürgerblodmehrheit? Ein Objekt ihrer Gefeßgebung. Nicht mehr! Die Schwerindustrie, die Großagrarier, die Hausbesitzer, sie alle haben in ihrer vierjährigen Herrschaft jede Chance ausgenutzt, rücksichtslos und einseitig ihre Interessen wahrgenommen. Sie verstanden es gut, die Macht ihrer parlamentarischen Mehrheit für sich auszunutzen.

Jetzt wackelt dieser Thron, jetzt ist das Volk zum König Volk geworden. Man will seine Stimme; man schmeichelt ihm, man verspricht ihm goldene Berge, damit die zerbrochene Regierungsbank, auf der sie so gut und weich saßen, wieder zusammengeleimt werden kann.

Der freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter wird auf die Sirenenklänge der bürgerlichen Parteien nicht hineinfallen. Er erinnert sich des Warnungsrufes, den schon 1924 die Sozialdemokratie erhoben hat:

Sie wollen sich bereichern!
Als die gegenwärtige Richtlinien-Regierungs-konkolation ans Ruder kam, schrieb Hindenburg an Marx: „Diese Regierung soll die besondere Pflicht haben, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren.“ Das schrieb der „Retter“, dessen Wahl nur mit Hilfe der übelsten deutsch-nationalen, großagrarischen und schwerindustriellen Wahlbemaogalie, unter kommunistischer Hilfe, möglich geworden war.

Wie ist der Bürgerblod dieser Verpfichtung seines Präsidenten nachgekommen? Die Sozialpolitik war ein einziger ununterbrochener Versuch zur Verschlimmerung der Lage der breiten Arbeitermassen. Man hat ein reaktionäres Arbeitszeitnotgesetz gemacht, das den Neun- und Zehntundentag ermöglicht. Man hat die Mieten von 75 Proz. der Friedensmiete auf 120 Proz. gestiegen. Man hat die Krisenfürsorge eingeschränkt, die Opfer der Inflation warten noch heute auf die von den Deutschnationalen verbrochene Aufwertung. Den Liquidationsgeschädigten und Sozialrentnern ist nur ungenügend, aus Wahlangst, in letzter Stunde eine kleine Hilfe zuteil geworden.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik wurde ausgerichtet an den Interessen der Großindustrie und deren Leute nach mächtigen großagrarischen Intentionen. Hohe Preise durch wirtschaftsschädigende Zollerhebungen! Man hat die Preisbiktatur der Kartelle und Konzerne gefördert und gedeckt. Die reichsgesetzliche Regelung der Fürstentabfindung wurde abgelehnt, und hat dadurch die Länder zu unangenehmen Vergleichen gezwungen. Man hat der Schwerindustrie die 700 Reichsmillionen gesichert.

Strupellos war auch die Reichshaushalts-wirtschaft. 1924 besaß die Reichskasse einen Ueberschuß von 2 Milliarden. Von da ab bis 1927 stiegen die Einnahmen des Reichs um 2 Milliarden. Heute hingegen weist der Haushalts ein verheerendes Defizit von 3 Milliarden auf. Die breite Masse hat von diesen verheerenden Riesensummen nichts bekommen. Nicht einmal 5 Millionen hatte man für Kinderpeilungen übrig. 25 Millionen gingen aber beim Lohmann Skandal in die Wägen, und für einen Panzerkreuzer wurden 80 Millionen ausgegeben.

Auch in der Steuerpolitik hat die heutige Mehrheit Sünde auf Sünde gehäuft. 1924 betrug die

Belastung des Verbrauchs aus Zöllen 357 Millionen Mark, 1927 schon 1255 Millionen Mark. Die Verbrauchssteuern wurden um 450 Millionen in die Höhe gehraubt.

Das sind nur einige Resultate des Bürgerblods!

Die Gewerkschaften führen unter schweren Opfern den härtesten Kampf für eine Besserung der Lage der Arbeiter, und für eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Erhöhung ihres Lebensstandards. Was die Arbeiterschaft durch die Gewerkschaften sich erkämpft, sucht der Bürgerblod ihr auf anderem Wege, durch seine rücksichtslose parlamentarische Interessenspolitik wieder streitig zu machen.

Die organisierten Arbeiter werden durch die Aufklärung in den Betrieben dafür sorgen müssen, daß die Masse der Indifferenten nicht wieder zum Steigbügel der Koalition wird.

Jeder Gewerkschafter muß auch politischer Kämpfer werden, er muß dafür wirken, daß am 20. Mai auch der letzte Arbeiter, die letzte Arbeiterin an die Wahlurne tritt, um dem Bürgerblod entgültig und für immer das Lebenslicht auszublafen.

Für welche Partei hat der Gewerkschafter zu stimmen? Eine der bürgerlichen Parteien kommt keineswegs in Frage. Vielleicht aber die kommunistische?

Von der Illusion, die kommunistische Partei sei die Partei der Arbeiter, sie wirke und kämpfe für die Interessen der breiten Masse der werktätigen Bevölkerung, dürfte die übergroße Mehrzahl der freien Gewerkschafter längst geheilt sein!

Mit einem fröhlichen Kindertrumpetenkonzert glaubte 1924 die damalige kommunistische Reichstagsfraktion den Bürgerblod zum Reichstag hinauszugraulen. Mit einem elenden Kuhhandel, nicht um die Freilassung der politischen Gefangenen ihrer Gesinnungsrichtung, sondern um ihre eigene, teure Haut nicht vor den Markt des Staatsgerichtshofes tragen zu müssen, haben die heutigen führenden Fraktionsmitglieder der Kommunisten ihre parlamentarische Tätigkeit beendet. Für eine Amnestie, durch die sie selbst außer Verfolgung gesetzt worden wären, waren sie bereit, für die Freilassung aller jener blutigen Fememörder zu stimmen. Alle vernünftigen Amnestieanträge der Sozialdemokraten, durch die wirklich viele proletarische politische Gefangene freigezogen wären, haben sie niedergestimmt.

Der freie Gewerkschafter darf nicht vergessen, daß die Kommunisten es waren, die die Gewerkschaftsbewegung, das einzige geschlossene Bollwerk der Arbeiterschaft, zu spalten und zu zertrümmern versuchten.

Wie oft haben in dem verflochtenen Reichstag die Abgeordneten dieser Partei mit den reaktionären Parteien, mit den Deutschnationalen und Völkischen gemeinsam gestimmt, nur um ihren Haß gegen die Sozialdemokratie kundzutun.

Die KPD führte niemals einen Kampf gegen die Reaktion, sondern sie lebt auf Kosten der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. Weil sie selbst ein klägliches Häuflein bildet, hängt sie sich an die Massendemonstrationen der Gewerkschaften und tut so, als ob es ihre eigenen wären. Sie nimmt die Parlamentsanträge und Forderungen der Sozialdemokratie auf, verschärft sie mit agitatorischen Phrasen, um der Arbeiterschaft zeigen zu können, sie gebe in ihren Forderungen weiter als die Sozialdemokraten.

Ein Gewerkschafter, dem es um die Einheit und die Macht der Arbeiterklasse, um ihren sicheren und schnellen Aufstieg zu tun ist, kann bei der kommenden Wahl der Kommunistischen Partei seine Stimme nicht geben!

Für ihn kommt nur eine Partei in Frage, das ist die Sozialdemokratie. Sie hat alle Forderungen der Gewerkschaften innerhalb und außerhalb des Parlaments unterstützt. Wenn es ihr nicht immer gelingen konnte, ihre Anträge und die der Gewerkschaften zum Siege zu verhelfen, so lag es an der geschlossenen Front der starken bürgerlichen Gegner und allzuoft an den Quertreibern der Kommunisten, die den Klaffengegnern der Arbeiterschaft Hilfe leisteten.

Am 20. Mai ist Reichstagswahl! Sie schafft die Grundlagen für die Politik der nächsten Jahre. Die Arbeiterschaft hat das Wort! Die freien Gewerkschafter verhelfen nur einer Partei zum Siege, der Sozialdemokratischen Partei.

Wählt Ciste 1.

„Nachwort zu einer Tragödie.“

Eine Wahlbetrachtung für die Kolleginnen.

So betitelt Prof. Fleisch einen Artikel, den kürzlich das Aerztliche Kreisblatt für Deutschland brachte:

„Babette E. war das voreheliche Kind einer in meiner Familie als Puhfrau arbeitenden Zugeherin. Als die Mutter starb, nahm meine Frau sich des hinterbliebenen Kindes an. Babette kam in eine gute Pflege; öfters erhielten wir Briefe von ihr; auch als sie, 18 Jahre alt, zum erstenmal schwanger war, vertraute sie sich uns an. Sie heiratete den Vater des Kindes. Einige Jahre hörten wir nichts mehr von ihr. — Vor etwa einem Jahre kam wieder ein Brief. Sechs Kinder hatte sie, kaum 25 Jahre alt, geboren. Sie fragte, ob es denn nichts gäbe, damit sie nicht immer schwanger werde. Sie fürchtete, daß schon wieder etwas kommen werde, nachdem sie sich eben erholt hätte. Zur Antwort erhielt sie den Rat, ihren Arzt zu fragen, der ihr sicher raten werde. Und gestern kam ein Brief des Eheemanns: sie ist vor wenigen Tagen gestorben, nachdem sie zwei Tage vorher einem siebenten Kinde das Leben gegeben hatte!

Der Fall, daß eine junge Mutter von ihren sechs oder mehr Kindern in dieser Weise wegstirbt, nachdem sie noch einem weiteren Kinde das Leben gegeben hat, ist nicht selten. Die Existenz des § 218 bringt es mit sich, daß solche Tragödien leider nicht vereinzelt vorkommen. — Von den vielen anderen mehr oder weniger unsinnigen Fällen, die dieser Paragraph zur Bedingung hat, seien noch einige wiedergegeben, die einer gewissen Komik nicht entbehren. — Nach dem „Hamburger Echo“ hat es sich um folgendes gehandelt: Ein Brautpaar geriet in Bedrängnis, als es bemerkte, daß der bräuliche Vertebrer nicht ohne Folgen blieb. Beide sann auf Abhilfe. „Er“ empfahl ein Instrument zu kaufen. „Sie“ hingegen glaubte, daß heiÙe Fußbänder das geeignete Mittel seien. Dem trotzdem erschienenen Kindeinle folgte eine Anklage laut § 218. Der Staatsanwalt empfahl die Freisprechung des Bräutigams, weil ihm Beihilfe nicht nachgewiesen sei. Die Braut müsse, weil das Reichsgericht immer so entschieden hätte und selbst den Versuch mit untauglichen Mitteln als eine Straftat betrachte, für zwei Wochen in das Gefängnis! Ein einsichtsvoller Richter verwandelte die Gefängnisstrafe in eine niedrige Geldstrafe, die mit wöchentlich 50 Pf. von der Braut abgezahlt werden konnte.

Der Ansturm des § 218 zeigt sich besonders an einem Vorfall, der sich im vergangenen Jahre in dem kleinen Rhehyd abspielte. Dort protestierte eine nach Tausenden zählende Versammlung gegen den § 218 und ehrte gleichzeitig zwei Rhehyder Aerzte, die wegen einiger Vergehen gegen diesen Paragraphen zu einem Jahr und zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren. Die beiden Aerzte wurden als Wohltäter gefeiert, denn sie hatten aus rein medizinischen Gründen und nach vorheriger gewissenhafter Prüfung armen Proletarierfrauen geholfen, bei denen sie einen die Bestrafung ausschließenden „Notstand“ glaubten feststellen zu dürfen. Die Stimme des Volkes selbst sprach derart zwei „Verbrecher“ gegen den § 218 frei, die das Gericht „im Namen des Volkes“ ins Gefängnis schickte, weil es sich eben doch an seine Paragraphen

halten mußte, ob alles menschliche Gefühl sich bei den Richtern vielleicht dagegen auch aufgebäumt haben mag.

Gerade jetzt zu den bevorstehenden Wahlen ist es interessant, zu lesen, was ein tonangebender Vertreter der Ärzte über die Abtreibung redet. Im Reichsgesundheitsblatt 1928, S. 533, schreibt der frühere Leiter der Königsberger Frauenklinik, Prof. Winter, über die „Säule“, die eine Abtreibung rechtfertigt oder nicht. — Ueber das „unfallbare Erbrechen“ der Schwangeren, schreibt dieser Arzt: „Das Erbrechen an sich, zunehmende Abmagerung, selbst mit Schwächezuständen, rechtfertigen den Abort allein noch nicht.“ Ueber die Tuberkulose: „haben sich die Ansichten allgemein dahin geeinigt, daß die latente (schlummernde) Impfung oder ausgeheilte Lungen-tuberkulose die Unterbrechung der Schwangerschaft nicht rechtfertigt; — man muß erst warten, bis die Tuberkulose wieder „ausgebrochen“ ist. Ueber Herzkrankheiten: „Wer heute bei einem Herzfehler mit vollständiger Kompensation“ (d. h. wenn das Herz durch Mehrarbeit den Fehler eben noch ausgleichen kann), selbst wenn subjektive Beschwerden bestehen, die Schwangerschaft unterbricht, handelt nicht nach den Regeln der Wissenschaft.“ Ueber Zuckerkrankheit: Sie „allein, selbst mit ausgesprochenen und quälenden Symptomen bringt nicht die Lebensgefahr, welche man zur Rechtfertigung der Unterbrechung verlangen kann.“ Unges. Becken: „Der Keiserschnitt ist in seiner transperitonealen zervikalen Form“ (d. h. Herausnahme des Kindes durch operatives Aufschneiden der Bauchdecke) „in der Klinik nur noch eine Sterblichkeit von 2 bis 3 auf Hundert; dieses geringe Risiko darf man von jeder Frau im Interesse des lebenden Kindes verlangen und deshalb hat heute der künstliche Abort beim engen Becken keine Berechtigung mehr.“

Es ist nach all dem kein Wunder, daß Prof. Winter und seine Gefolgsleute natürlich mit ihrem „ärztlichen Bewußtsein“ sich vor jedem durch die soziale Notlage begründeten Anlaß verschließen. Bei Erörterung der Frage, ob bei Notzucht unterbrochen werden darf, stellt sich Prof. Winter auch auf den ablehnenden Standpunkt. Und dann schreibt er: „Am größten kann sich in manchen Fällen wohl das feilsche Opfer gestalten. Sicher nicht bei den einfachen Mädchen, unter welchen die Lebestätigkeit meistens ihre Opfer suchen und finden; diese feilsch größer gestalteten Individuen finden sich, wenn sie nur von finanziellen Sorgen befreit werden, leicht mit der Tatsache einer Schwangerschaft wider Willen ab. Aber anders bei feilsch feiner differenzierteren Personen und Mädchen aus höheren Gesellschaftskreisen.“ Hier kann die auf dem Mädchen lastende Schande vor der die wirklichen Motive der Schwangerschaft nicht kennenden Gesellschaft groß sein. Hier kann der Gedanke, ein Kind als Folge einer verbrecherischen Handlung zu tragen, die Seele so tief verrückt, daß schwere Folgen für den Gemütszustand zu erwarten sind. Ich glaube wohl, daß hier aus Rücksicht auf die Seele der Mädchen die Schwangerschaft unterbrochen werden muß.“

Welches schaffende Mädchen und welche arbeitende Frau will es nun noch besser beweisen haben, daß diese seelenvollen Mediziner eine feilsche Belastung nur bei den „höheren Gesellschaftskreisen“ kennen; daß sich hier ganz unerblickt die Klassenherrschaft ausbreitet? Zwei bis drei Prozent Sterblichkeit für Proletenfrauen beim Keiserschnitt ist ein „geringes Risiko“, und das von einem Verbrecher gezeugte Kind eines Proletenmädchens ist eine „leichte Tatsache“! Aber die feilsche Belastung eines Mädchens der höheren Gesellschaftskreise, das geht zu weit!

Alle Mädchen und Frauen, die demnächst zur Wahlurne schreiten, mögen an diesen deutschnationalen

Prof. Winter denken. Er ist nur einer von vielen aus dem „nationalen“ Lager. Das sind die Leute, die vor den Wahlen nicht laut genug für die Gleichberechtigung und Freiheit der Frau „kämpfen“ (schreien) können, nachher aber gar nicht daran denken, irgend etwas für die Befreiung der arbeitenden Frau zu tun. Wer allen Erstes die Gleichberechtigung und Freiheit der Frau erstrebt, der kann am 20. Mai nur der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seine Stimme geben, denn sie allein ist die Partei, die bisher am meisten für die Frauen gekämpft und erreicht hat. Sie verspricht nicht, sondern bürgelt, auf Grund ihrer sich selbst gestellten Aufgaben und Ziele, für die endliche Freiheit und Gleichberechtigung der Frau.
Fritz Brüssow, Berlin.

Die Beherrschung der öffentlichen Meinung

Durch den Hugenberg-Trust.

Daß unter den Fabriken der öffentlichen Meinung der Hugenberg-Trust eine ausschlaggebende Rolle spielt, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Das jüngst veröffentlichte Buch von Professor Ludwig Bernhardt, einer dem Hugenberg-Trust wie dessen Chef Alfred Hugenberg nahestehenden Persönlichkeit, gibt uns nun höchst aufschlußreiche Auskünfte über Aufbau und Ausdehnung dieses mächtigen Presse-trusts. Wie Professor Ludwig Bernhardt hervorhebt, handelt es sich bei diesem Zusammenschluß um einen straff organisierten Trust, dessen Leitung von einer Stelle aus erfolgt. Diese Stelle ist die Spitzenorganisation des Hugenberg-Trusts, genannt „Wirtschaftsvereinigung“, welche die einzelnen Trustunternehmungen vollkommen beherrscht. Diese steht aber unter der uneingeschränkten Diktatur von Alfred Hugenberg selbst. Sehr bemerkenswert ist die Aufrichtigkeit, mit welcher Professor Bernhardt die treibenden Kräfte des Hugenberg-Konzerns darstellt. Neben geschäftlichem Erfolg ist bei sämtlichen Unternehmungen des Trusts die politische Einflussnahme maßgebend. Zu diesem Zweck wurde eine gewaltige Maschine aufgebaut, deren Räder planmäßig ineinander greifen. Für die Beherrschung der öffentlichen Meinung umfaßt der Hugenberg-Trust:

1. Den früheren August-Scherl-Verlag. Die Schilderung, wie dieser Verlag aus dem Besitz Scherls zuerst vom Deutschen Verlagverein und dann von Hugenberg übernommen wurde, ist ein kulturhistorisches Dokument von größtem Interesse. Der Scherl-Konzern hat bereits eine hochgradige Konzentration von Presseunternehmungen zutage gebracht durch Ausgabe einer großen Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften, von denen viele in einer riesigen Auflage erschienen; von Hugenberg wurde dann noch eine weitere Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften gegründet. Das Ziel war die politische Beeinflussung der Bevölkerung. „Die große Verbreitung der zahlreichen Publikationen — schreibt Ludwig Bernhardt — die Möglichkeit, täglich in verfeinerter oder offener Weise einen bestimmten Ton anzupfeifen, geben diesen Blättern einen Einfluss, der tief eindringend und viel nachhaltiger ist, als man angesichts der Oberflächlichkeit dieser ganzen Produktion vermuten möchte.“ Die Methode ist dabei, sich dem Geschmack der Massen anzupassen in der Uebersetzung, daß „je höher das Niveau einer Zeitung, um so kleiner der Kreis ihrer Leser“. — Das Aktienkapital des Scherl-Verlages beträgt 20 Millionen Mark, wovon 93,7 Proz. von Hugenberg (Wirtschaftsvereinigung) kontrolliert werden.

2. Ueber das Anzeigengeschäft des Hugenberg-Trusts, dessen Organ die A. A. Anzeigen-Z. G. in Berlin ist (mit einem Kapital von 2 Millionen, wovon 89 Proz. bei Hugenberg liegen) erhalten

wir ausführliche Mitteilungen. Wir erfahren, welche Macht ein solch weitverbreitetes Anzeigengeschäft besitzt. Ein derartiges Unternehmen hat den Blättern bedeutende Inzeratenaufträge zu vergeben, außerdem mietet es ganze Seiten in den verschiedenen Zeitungen für Inzerate. Die enge Geschäftsverbindung der Anzeigebureaus mit den Zeitungen, die mit Anzeigen veriorgt werden, bedeutet aber eine politische Beherrschung, zumal das Anzeigebureau einem Blatt, das politisch nicht mitmachen will, die Anzeigen entziehen kann. Nebenbei ist das Anzeigebureau ein glänzendes Geschäft; die Zeitungen, denen es Anzeigen übermittelte, geben ihm Rabatte von 33 Proz. und noch mehr.

3. Neben der Organisation des Anzeigewesens übt der Hugenberg-Trust einen gewaltigen Einfluss auf die Provinzpresse a) durch Kreditgewährung, b) Beteiligung am Besitz von Provinzzeitungen und c) durch die Schaffung bzw. den Erwerb von zwei Maternkorrespondenzen. Für den ersten Zweck wurde die Vera-Verlagsanstalt gegründet, der eine Zeitungsbank unter dem Namen „Mutuum-Darlehens-Z. G.“ beisteht. Diese gibt den Zeitungen Kredite und beteiligt sich finanziell bei ihnen. Heute besitzt die Vera- bzw. die Mutuum-Gesellschaft 14 zum Teil bedeutende Zeitungen in großen und kleineren Provinzstädten. Durch Kreditgewährung können die Gelöbter sich einen dauernden Einfluss auf die Zeitungen sichern. Interessant ist die Tatsache, daß bei der Kreditgewährung an Provinzzeitungen die Person des wirklichen Geldgebers im Hintergrunde bleibt; sein Name wird nicht genannt. Das Aktienkapital der Vera-Verlagsanstalt beträgt 1½ Millionen Mark, wovon 80 Proz. bei Hugenberg liegen; angesichts der mächtigen Gelöbter spielt das Aktienkapital wahrscheinlich eine ziemlich unwesentliche Rolle. Die Maternkorrespondenzen verfolgen einen großen Teil der Provinzpresse mit allem möglichen Material, selbstverständlich im Sinne der reaktionären politischen Bestrebungen Hugenbergs.

4. Der Hugenberg-Trust beherrscht die „Telegraphen-Union“, die etwa 1600 Zeitungen in Deutschland und im übrigen deutschen Sprachgebiet mit Nachrichten versorgt. Das Personal der Telegraphen-Union umfaßt 2000 Mitarbeiter und 500 bis 600 festangestellte Beamte neben 90 Redaktoren. Dabei wird einfach hervorgehoben, daß die Telegraphen-Union nicht für einfache Nachrichtenübermittlung da ist, sondern bei der Uebermittlung der Nachrichten immer gesagt wird, was „hinter einer Nachricht steht“, das heißt, mit den Nachrichten Politik getrieben wird.

5. Die Erwerbung des Ufa-Filmtrusts im Jahre 1927 erfolgte ebenfalls in der Uebst, die Propaganda des Films auszunutzen. Bei der Uebernahme des Ufa-Trusts spielten eingeständenermaßen politische Gesichtspunkte eine wichtige Rolle. Das Ufa-Kapital beträgt 45 Millionen Mark. Die Hugenbergsche „Wirtschaftsvereinigung“ besitzt zwar nur 25 Proz. der gewöhnlichen Aktien, dafür hat sie aber 3 Millionen Mark Aktien mit dreifachem Stimmrecht, wodurch sie über 75 Proz. der Stimmen bei der Ufa verfügt.

Die aufschlußreichen Ausführungen von Professor Bernhardt über den Aufbau des Hugenberg-Konzerns verdienen das größte Interesse. Die Darstellung enthält allerdings Behauptungen, die aus der persönlichen Vereinnahmung des Verfassers erklärt, jedoch vollkommen falsch sind. So will er den Hugenberg-Trust gewissermaßen als eine „genossenschaftliche Einrichtung“ nach den Ideen von Raiffeisen hinstellen, weil nämlich den Satzungen zufolge Gewinne nicht verteilt werden dürfen. Abgesehen davon aber, daß Gewinne nicht nur in Form von Dividenden, sondern

Warum nicht 24-Stunden-Uhr?

Zur Stresemann-Rede vor Berliner Journalisten von Troll

Der Reichsaußenminister Dr. Gustav Stresemann hat beim Abend der „Anwärter-Presse“ in Berlin sich u. a. auch als ganz entschiedener Gegner des Ufungs der 24-Stunden-Zählung bezogen.

Ich bin ganz Ihrer Meinung, Herr Reichsaußenminister und trete Ihnen vollkommen „in die Seite“! Schon vor Monaten habe ich in einem „Erlebnis“ die Vorteile der 12-Stunden-Uhr gepriesen. Hier ist es:

Ein Glück, daß es zur Zeit, als ich noch jung und schön und knipfrig war, die 24-Stunden-Uhr noch nicht gegeben hat.

Damals gab ich im Theater — es wurde „Kabale und Liebe“ — neben mir in der Loge ein hübsches junges Mädchen. Bis in den letzten Winkel meines leicht entkammten Herzens war ich auf den „ersten Blick“ verliebt. Ich merkte zu meinem Glück, daß ich ihr auch sympathisch war. Näher konnte ich mich nicht. Ihre Mutter war auch da. In der Pause schrieb ich schnell einen Zettel, auf dem die wichtigsten Worte standen:

„Guten Sie bitte, bitte, morgen Punkt 10 Uhr in dem Theater-Café!“

Punkt 10 Uhr vormittags sah ich bis mittags 1 Uhr in dem Theater-Café. Sie kam nicht!

Und habe Sie, die Angebetete, nicht wiedergesehen.

Erst heute, nach fünf Jahren, sah ich „Sie“ in der Gesellschaft, bei Schulze.

Ich erkannte sie und sie mich wieder.

Über . . . sie war verheiratet. In einem unbelauchten Augenblick sagte ich zu ihr: „Drei Stunden habe ich damals im Theater-Café auf Sie gewartet!“

„Das kann nicht stimmen“, antwortete sie entrüstet. „Ich wartete damals von 10 bis 11 Uhr auf Sie! Es war abends nach dem Konzert von Mengelberg!“

„Abends? — Ich wartete von vormittags 10 Uhr bis mittags 1 Uhr auf Sie!“

Belberseits lange Gesichter! Dann wurde bei Schulzens der Mokka serviert. Ihr Gatte sah neben ihr. Wackmäuschenstill. Sie trammisierte, schämte ihn bis zum Weißbrot. Er war fürchtbar.

Ich fragte Frau Schulze, ob Frau I. immer so häßlich zu ihrem Manne sei.

Sie nickte bejahend.

„Auch in der Verlobungszeit?“ fragte ich.

„D nein“, sagte Frau Schulze, „da war sie so sanft wie ein Turteltauben!“

Diese seine Lebensperiode erzählte mir heute im Theater-Café mein Freund Karlsen.

„Weißt du nun“, fragte er mich, „warum ich so froh bin, daß es damals vor fünf Jahren noch keine 24-Stunden-Uhr gegeben hat? Ich wäre auf das „Turteltauben“ sicherlich herein gefallen.“

„Ja“, meinte ich, „so mancher ist bei einem Eisenbahnunfall nicht verunglückt, weil er im Fahrplan den Frühzug für den Abendzug gehalten. Ueber auf dem leeren Bahnsteig stehen, wo kein Zug zum Einsteigen anfordert, als unter die Räder kommen!“

Karl nickte mir verständnisvoll zu.

So weit das Erlebnis!

Als ich nun am letzten Mittwoch in der Abendstunde die liebliche Stimme unseres Herrn Reichsaußenministers im Radio vernahm und seine Philippika gegen die 24-Stunden-Zählung mit anhörte, war ich begeistert und dachte sofort an das Erlebnis meines Freundes Karlsen.

Und ich überraschte mich bei der Frage an Sie, Herr Reichsaußenminister:

„Hat vielleicht auch Sie, Herr Reichsaußenminister, die alte Stundenabzählung vor einem „falschen Anschluß“, einer „Entglockung“ bewahrt, da Sie im alten Fahrplan den Frühzug mit dem Abendzug verwechselten? Was Ihr Glück war?“

Wann darf ich Sie, Herr Reichsaußenminister, über diesen Punkt einmal interviewen? Es gäbe doch sicherlich ein nettes, interessantes Feuilleton mit der von Ihnen so hoch geschätzten Schlagzeile:

„Aus den Jugenderinnerungen Dr. Stresemanns!“

Und mit den Unter-Überschriften: „Warum ich gegen die 24-Stunden-Zählung bin? — Für die gute, alte 12-Stunden-Zeit!“

Oder es gäbe auch einen famosen politischen Leitartikel:

„Meine verpassten Gelegenheiten.“ (Anfolge der 12-Stunden-Zählung.)

Wann darf ich Sie also über diese bedeutungsvolle, weltbewegende Frage interviewen, sehr verehrter Herr Reichsaußenminister Dr. h. c. Gustav Stresemann?

auch in anderen Formen, wie hohe Behälter oder Lantienen an Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder verteilt werden können, was beim Hugenberg-Truſt ohne Zweifel der Fall ist, ſchließt der Zweck der Unternehmung ihre Bewertung als geſellſchaftliches Unternehmen aus. Vollkommen irreführend iſt aber die Darſtellung Bernhards darüber, welchen Reiſen die politiſche Beeinflußung der Bevölkerung durch den Hugenberg-Truſt dienen ſoll. Profeſſor Bernhard ſtellt es ſo hin, als ob der Hugenberg-Truſt im Anſchluß an die Gedanken von Raiſſen die Landbeſitzer und den ländlichen wie ſtädtiſchen Miſtelftanſtand gegenüber dem internationalen Kapital ſchützen und fördern wollte. Demgegenüber ſollen aus ſeiner eigenen Darſtellung folgende Punkte herausgegriffen werden: „Der Weſtend-Verlag (eine Geſellſchaft im Rahmen der Telegraphen-Union) wurde von Hugenberg zuſammen mit dem Syndikus der Handelskammer Eſſen, Hirsch, gegründet, der in ſeinem Syndikat die Interellen der Schwerinduſtrie vertritt (S. 63). Die Namen der Begründer der „Ausland-G. m. b. H.“, des Vorläufers des Anzeigenbureaus, ſind Hugenberg, Emil Kirdorff, Hugo Stinnes uſw. (S. 65). Die Vera-Verlagsgellſchaft wurde auf Veranlaſſung von induſtriellen Kreiſen gegründet (S. 80). Bei Gründung der Telegraphen-Union haben ſich die Induſtrielleiſe aus dem Kohlenbergbau Hugenberg angeſchloſſen (S. 86). Die Telegraphen-Union kann den Handelsdienſt wegen ihrer engen Beziehungen zu induſtriellen Kreiſen in überlegener Weiſe mit Nachrichten verſorgen (S. 88). Die Ufa wurde Hugenberg von den Großbanken und den an der Sanierung teilnehmenden Finanzleuten übergeben (S. 92). Alle früheren Beteiligungen des Hugenberg-Truſts, inſondere die Beteiligung an der Auguſt-Scherl-G. m. b. H., die Telegraphen-Union, die Ma-L. G. ſind durch Kapitalumwendungen der Induſtrie ermöglicht worden (S. 93).“ So wird die Behauptung, daß der Hugenberg-Truſt allein den Interellen des unbeweglichen Beſitzes und des Mittelſtandes dient, mit einer Spitze gegen die Großbanken und gegen das internationale bewegliche Kapital, durch die eigene Darſtellung Bernhards völlig geſtraft: der Hugenberg-Truſt vertritt in der Politik die nationale Reaktion, im Wiſtſchaftlichen die einſeitigen Interellen des Induſtrie- und Agrarkapitals.

Gau VI (Thüringen).

Am 5. und 6. Mai fand im Erfurter Volkshaus unſer dritter ordentliches Gauſtag ſtatt. Anweſend waren 16 Delegierte, während Merſeburg und Langenſalza — letzterer Ort bereits zum zweiten Male — nicht vertreten waren. Als Gäſte konnten wir vom Verbandsvorſtand den Kollegen Bucher, vom Gau Thüringen des Verbandes der Deutſchen Buchdrucker den Kollegen Martin, Weimar, begrüßen.

Entſprechend dem Beſchluffe des vorhergehenden Gauſtages begannen die Verhandlungen am Sonntag und wurden am Sonntag fortgeſetzt. Nur dieſem Umſtand war es zu verdanken, daß zum erſten Male der Gauſtag in Anweſenheit ſämtlicher Delegierter ordnungsmäßig geſchloſſen werden konnte.

Mit kurzen Worten begrüßte der Gauleiter die erſchienenen Gäſte und Delegierten, dabei den Buſch ausſprechend, daß Qualitätsarbeit zum Wohle des Gaus und damit der Geſamtheit geleistet werden möge. Anſchließend erfolgte die Erledigung der geſchäftlichen Angelegenheiten und die Wahl der notwendigen Kommiſſionen.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung wurde in üblicher Weiſe berer gedacht, die in der Berichtsperiode durch Todesfall unſere Reihen verlaſſen mußten.

Der Bericht des Gauleiters für die Zeit 1925/27 wurde, obwohl jährlich in ſchriftlicher Form gegeben, in etwa einſtündigen Ausführungen von ihm in taſchlicher, organiſatorischer und taſtentechniſcher Hinſicht erläutert, woraus er den Schluß zog, daß gegenwärtig nach 25 Proz. der Gaubeleiſchaft — beſonders in den größeren Orten — der Organiſation zuzuführen wären und beſonders der Seindring zu nächſt alle Uſache habe, den kommenden Dingen mit der größten Aufmerkſamkeit entgegenzuſehen. — In der Diſkuſſion wurde bemängelt, daß nicht auch die jüngſte Lohnbewegung im Buchdruck Ernährung gefunden hätte, was dadurch in zufriedenſtellender Weiſe Erledigung fand, daß dieſe Angelegenheit Kollege Bucher im Anſchluß an ſeine Ausführungen über die Aufgaben unſeres nächſten Verbandstages behandeln würde. Weitere Monitas über den Bericht oder die Tätigkeit der Gauleitung kamen nicht zum Ausdruck. Die danach gegebenen Situationsberichte aus den einzelnen Orten unterſtrichen in wirkſamer Weiſe die Auffaſſung von Gauleitung und gegebenem Bericht, zeigten aber auch den erſten Vorſatz der einzelnen Orte, rüſtig an der Ausbreitung der Organiſation mitzuarbeiten, um zu ähnlichen organiſatorischen Verhältniſſen wie die Buchdrucker zu gelangen.

Wenige Minuten nach 9 Uhr begannen die Verhandlungen des zweiten Tages mit der Berichterſtattung der Mandats- und Diätenkommiſſionen. Die erſtere beantragte, die Mandate ſämtlicher Erſchienenen als gültig zu betrachten, da ein Prozeſt von keinem Orte eingelaufen ſei. Verſchwiegen aber ſollte nicht werden, daß in der Folge größeres Augenmerk dem Wahlreglement zugewandt werden müßte, damit

möglichſt ſämtlichen Mitgliebern der Orte Gelegenheit gegeben wäre, ihr Wahlrecht auszuüben.

Anſchließend erfolgte das Referat des Kollegen Bucher. Welche Bedeutung ihm beigemessen wurde, ergibt ſich am beſten daraus, daß die Mittagszeit längſt überſchritten war, ehe ihm das Schlußwort erteilt werden konnte. Eine zu dieſem Punkt vorgelegte Reſolution gegenſtändlicher Anſicht wurde mit großer Majorität abgelehnt.

Die Beſprechung der Verbandsanträge mußte der vorgerückten Zeit wegen unterlaſſen werden. Dagegen zeitigte die Luſtſtellung der Orte, welche die Delegierten und Stellvertreter zum Verbandstag in Vorſchlag bringen ſollten, noch eine ausgedehnte Debatte, die ſchließlich zu dem Ergebnis führte, daß mit nahezu Zweidrittelmajorität den Orten Gera, Jena, Köthen und Weimar die ehrenvolle Aufgabe übertragen wurde, die bis ſpäteſtens den 13. Mai verpflichtet wurden, der Gauleitung die Namen der Kandidaten zur weiteren Veranlaſſung bekanntzugeben. Die Wahl ſelbſt iſt eine Urwahl und hat an einem von der Zahlſtellenverſammlung zu beſtimmenden Tage in der Wahlwoche in den Betrieben ſtattzufinden. Stimmentzettel und Wahlprotokolle ſind umgehend dem Kollegen Braun, Weimar, Kohlsſtraße 9, zuſtellen.

Die auf der letzten Tagung durch Erfurt veranlaſteten Änderungen im Gauſtatut wurden durch dieſemalige Erfurter Anträge nahezu wieder annulliert. Erſteren Orten, die über mehr als 120 Mitgließer nach umgerechneten Marken verfügen, ſollen in der Folge zwei Delegierte zum Gauſtag zu ſtellen berechtigt

Kolleginnen, ſchützt am 20. Mai das Frauenwahlrecht, indem ihr geſchloſſen eure Stimme abgibt

für die Sozialdemokratie

Liſte 1

ſein. Eingefügt beim Sterberegeld wurde auf Antrag des Vorſtandes eine Staſſel für ältere Mitgließer, ſo daß es jetzt heißt: Nach 52 Beiträgen 20, nach 20 30, nach 520 40, nach 780 60 Mk. Sollte der Verbandstag ebenfalls der Einführung eines Sterberegels näher treten, würde allerdings dieſer Paragraſh des Gauſtatuts automatisch außer Kraft treten. Der Antrag Halle, den Gaubeitrag von bisher 4 auf 3 Proz. herabzuſetzen, fand keine Majorität im Hinſicht auf den lehtjährigen geringen Ueberſchuß und die zu erwartenden Wertverrückungen. Als nächſter Tagungsort wurde Pöbner gewählt.

Einige Anfragen unter Verſchiedenes wurden im Eiltempo erledigt und mit Worten des Danks vom Vorſtanden bei Konferenz um 2.40 Uhr nachmittags geſchloſſen. Die von der Erfurter Zahlſtellenleitung beabſichtigte Führung zu den lehtenswertesten Erfurter altertümliehen Bauten mußte wegen Zeitmangel unterbleiben.

Was jeder wiſſen ſollte.

Bearbeitet und zuſammengefaßt von M. Abramowitsch-Jeffimof.

(Nachdruck ſowie Ueberſetzung ohne Genehmigung des Verfaſſers verboten.)

6. Abſchnitt.

Psyche

— das geiſtliche und ſeeliſche Innenleben des Menſchen — bildet in ihrer Geſamtheit ſowie auch in ihren einzelnen Vorgängen das Forſchungsgebiet einer beſonderen, nach ihr benannten Wiſſenſchaft: der Psychoſogie. Zwar iſt der alte Begriff von Geſühlleben, Denken, Willen und Sinnesregungen (Emotionen) als vollſtändig getrennt voneinander gänzlich unabhängigen Gebieten des Innenlebens, durch die neuſte psychoſogische Forſchung endgültig überholt worden. Das eine ſteht jedoch ſ.ſ.; daß nämlich jeder einzelne phyſiſche Vorgang hauptſächlich von einem der vorher erwähnten Momente ausgefüllt wird — entweder vom Denken oder vom Gefühlsmoment, oder von Sinnesregung uſw.; ebenſoſehr, wie der Umſtand, daß beim Erfaſſen und Bewältigen einer jeden praktiſchen Situation in erſter Reihe ſtets ein beſtimnter phyſiſcher Vorgang die Hauptrolle ſpielt: Erkennen, Erfühlen, Willensakt oder Sinnesregung. Dies allein ſchon iſt Grund genug dafür, Gedankenbildung, Gefühl, Willensakt und Sinnesregung wenn auch nicht als voneinander vollſtändig getrennte, ſo doch hinſichtlich ihrer inneren Einſtellung und der Verſchiedenheit der praktiſchen Lebenszwecke als beſondere Tätigkeitsarten und Funktionen des Innenlebens zu bezeichnen.

Bei der Unterſuchung des Weſens der Menſchenphyſche wird von den meiſten Fachpsychologen leider der Fehler begangen, den Unterſchied zu überſehen, der zwiſchen dem Apparat des Innenlebens und dieſem ſelbſt beſteht. Dieſe Dinge werden nur zu oft durcheinandergedrückt oder miteinander verwechselt, woraus ſich dann die meiſten Unklarheiten und Begriffsverwirrungen ergeben. So z. B. wird nach der einen naturwiſſenſchaftlich gerichteten Auffaſſung das Weſen der Psyche in der mechaniſchen

Tätigkeit — Abwicklung des körperlichen Innenapparats — des Gehirns und Nerveniſtems — erblickt. Andere wieder betrachten den Geiſt oder das Seelenleben des Menſchen als einen auf ſich beruhenden, lebendig nach ureigenen Geſetzen ſich abwickelnden, von der Außenwelt völlig unabhängigen Vorgang. Allerdings wird dieſe veraltete Auffaſſung heute faſt von niemandem mehr geteilt. Die moderne Forſchung ſieht bereits die groſe Bedeutung ein, die die ſoziale Umgebung für die Geſtaltung des menſchlichen Innenlebens hat. Aber auch hier wird faſt durchwegs der Fehler begangen, ſich die Dinge vorzuſtellen, als ob Einzelpſyche (das heißt das Innenleben eines einzelnen Menſchen) und ſoziale Umgebung zwei e r l e i Dinge ſeien, die, bei all ihrer noch ſo groſen gegenſeitigen Einflußnahme und Unentbehrlichkeit für einander, doch von ganz verſchiedener Weſensbeſchaffenheit ſind. Dieſe Zweifeltätigkeit der grundſätzlichen Gegenüberſtellung von „Menſch“ und „ſoziale Umgebung“ gehört in die gleiche Erſcheinungsfläche wie die Zweifeltätigkeit alles bürgerlichen Denkens unſerer Zeit.

Daß das Innenleben überhaupt ſtaſtfindet, daß Sinnesregungen, Empfindungen, Wahrnehmungen entſtehen, Vorſtellungen und Begriffe ſich bilden, Willensregungen aufkommen und ſich zu äußeren Handlungen verſchieden uſw. uſw. — dafür ſorgt ein beſtimmter, aus Groß- und Kleingeirn und Nerveniſtem beſtehender körperlicher Apparat, der die mechaniſche Abwicklung des Innenlebens zu ſeiner Funktion hat. Der Umſtand, daß es ſich denkt, fühlt, empfindet uſw. iſt alſo eine rein körperliche (phyſiſche) Angelegenheit. Da es aber keine zwei Körper auf Erden gibt, die einander abſolut und in jeder Hinſicht gleich wären, ſo ſind auch die körperlichen Apparate des Innenlebens des Menſchen individuell verſchieden: hier iſt die Anlage zur Herabbildung der einen, dort zur Ausgeſtaltung der anderen phyſiſchen Funktion ſtärker vertreten. Durch das Funktionieren dieſes Apparates kommt das Innenleben zuſtande. Die Erfindung der inneren Befähigtigkeit ſeines Funktionierens iſt deshalb für die Erforſchung der Mechanik des Innenlebens von außerordentlicher Bedeutung und bildet den Gegenſtand eines beſonderen und ausgebreiteten Forſchungsgebietes — der Psychoſyſiologie. Und doch: Bei all ihrer hervorragenden Bedeutung bilden die phyſiſchen Funktionen miſamt ihrem Herſteller nur den Apparat des Innenlebens, nicht aber das Innenleben ſelbſt. Denn zur eigenen Wirklichkeit wird das Innenleben durch die gewährteſte Möglichkeit ſeines Zuſtandkommens und ſelbſt durch ſein Hergeſtelltwerden noch nicht, ſondern erſt durch die betreffende Geſtaltung, durch die beſtimmte Art, in der es ſich als Sache gibt. Mit anderen Worten: Nicht das Denken, Fühlen, Wollen an ſich, ſondern das ganz beſtimmte taſſächliche So-Denken, So-Fühlen, So-Wollen bildet den realen Inhalt des menſchlichen Innenlebens.

Dieſes Wie, die Art, in welcher der Menſch mit ſeinen Sinnen oder dem, gefühls- oder willensmäßig an die Dinge herangeht, hängt ſchon nicht mehr von der körperlichen Beſchaffenheit ſeines Innenapparates ab, ſondern von der entſprechenden ſich vorwiegend auswirkenden Art ſeines geſamten bisherigen Erlebens und Erfahrens. Wenn zum Beiſpiel beim Anblick eines künſtleriſchen Landſchaftsbildes den einen die Technik der leuchtenden Farben, den anderen das Kolorit und der Charakter der Landſchaft, den dritten die von dem Maler vertretene Kunſtrichtung in erſter Reihe auffällt und ſich am ſtärkſten auswirkt, oder wenn bei der Beurteilung irgend einer menſchlichen Handlung die einen vor allem nach deren moraliſchem Wert, die anderen aber nach ihrer logiſchen Folgerichtigkeit, die dritten nach der praktiſchen Zweckdienlichkeit fragen, — ſo iſt hier nicht etwa die Beſchaffenheit der Gehirne und der Nerven, ſondern die inſolge der Verſchiedenheit des bisherigen Erlebens und Erfahrens verſchieden geartete Einſtellung des geiſtigen und ſeeliſchen Lebens der betreffenden Beurteiler einzig und allein ausſchlaggebend. Die Einſtellung des Innenlebens jedes einzelnen Menſchen hängt ihrerſeits excluſiv von dem entſcheidenden Einfluß ab, den die übrigen Menſchen auf ſeinen Werdegang direkt oder indirekt ausüben. Dieſer Einfluß geſtaltet ſich ſo oder anders, je nach der Art des Mitmenſchentreffes, je nachdem alſo von welcher Art die vorwiegend in Betracht kommenden Beziehungen von Menſch zu Menſch ſoweiſt ſind, oder mit anderen Worten: nach der jeweilig vorherrſchenden Art der ſozialen Beziehungen.

Während alſo die mechaniſche Abwicklung des Innenlebens ein rein körperlicher Vorgang und alſo ſolcher bei jedem einzelnen Menſchen anders (individuell) iſt, iſt der eigentliche Kern des geiſtigen und ſeeliſchen Lebens, der Psyche alſo ſolcher, ſowohl ihrer Herkunft als auch ihrer inneren Weſenheit gemäß eine durchwegs ſoziale Erſcheinung. Und ſomit wird jede Gegenüberſtellung oder Verſchiedenheit der „Einzelpſyche“ und „ſozialen Milieu“ ein für allemal hinfällig. Dieſe Dinge ſtehen nicht etwa ſo zueinander, daß die ſoziale Umgebung die Psyche des einzelnen „beeinflußt“, ſondern ſo, daß die Einzelpſyche ſelbſt eine Teilerſcheinung des geiſtlichen Lebens der Menſchen iſt. Die verſchiedenen Einſtellungsarten des Innenlebens werden durch die entſprechenden Strukturen (Systeme) des geſellſchaft-

lichen Lebens bedingt und sind in ihrem Werden und Vergehen ebenso zeitgebunden wie diese.

Klassenbewußtsein, Klassenpsychologie

gehört zu denjenigen Begriffen, die ganz besonders oft mißverstanden werden. Die meisten verzeihen Klassenbewußtsein schon dort feststellen zu können, wo man sich der Existenz, der Lebenslage oder Interessen einer Gesellschaftsklasse bewußt ist. Indes ist dieses Bewußtsein um Klassenlage und Interessen lediglich ein Erkenntnismoment und bei weitem noch keine Klassenbewußtseinsart des Bewußtseins; eine Erkenntnis also, die ganz unabhängig von der Art der BewußtseinsEinstellung aufkommen kann. So können die besonderen Klasseninteressen der Arbeiterschaft auch von jemandem erkannt und eingesehen werden, dessen gesamte Denkeinstellung an sich durchaus bürgerlich oder kleinbürgerlich, spießbürgerlich ist. Und wie oft ist das doch in den Reihen der gewerkschaftlich und politisch organisierten Lohn- und Gehaltsempfänger selbst der Fall! Klassenbewußtsein ist klassentypisches, klasseneigenartiges Bewußtsein; eine eigene Art des bewußtseins, gefühlvoll und willensmäßig herangebildet an Dinge, die anders als diejenige Art, in der das fremdlassige Bewußtsein an die gleichen Dinge herangeht. Die besonderen Merkmale der bürgerlichen und proletarischen BewußtseinsEinstellungen sind die gleichen wie die Sondermerkmale ihrer Klassenfunktionen und der durch diese bedingten Klassenkulturen. Eine nähere Ausführung dieser Merkmale findet sich in „Was jeder wissen sollte“, Abschnitte 1 und 2, „Solidarität“ Nr. 8 und 9.

Aus den Zahlstellen.

Nürnberg-Fürth. Die am 7. Mai abgehaltenen Mitglieder-Versammlung nahm den vom Kollegen Redling gegebenen Geschäftsbericht für das erste Quartal entgegen. Die Bewegung im Buchdruck drückte dem ersten Vierteljahr ihren Stempel auf. Anzeichen des guten Geschäftsganges und der allgemeinen Preissteigerung konnte sich die Galleiterkonferenz mit dem Beirat nicht für die Annahme des Schiedsspruchs erklären, zumal die Geltungsdauer von einem Jahr für die heutigen Verhältnisse zu lange ist. Man hätte angenommen, daß bei einer Spitzenzulage am Orte von 2,77 M., für Kolleginnen 1,89 M., eine normale Zulage im Laufe des Jahres erfolgen würde. Als die Kollegen sich zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses aufgerufen wurde, konnten wir feststellen, daß selbst in den kleinsten Druckereien und Druckorten das Hilfspersonal freudig der Parole folgte. Der Galleiter besprach ausführlich die tatsächlichen Einzelheiten in beiden Lagern. Sowohl Kriegsbeschäftigten als auch dem Fachbindereipersonal wurde gefühlvoll und die Unternehmer fragte nicht nach der Organisationszugehörigkeit. Die gleichen Vorgänge wie in Mitteldeutschland bei den großen Kämpfen in der Metallindustrie. Gelbes, Leinwand und Speichelleber, alle erhielten den Laupfaß, obwohl sie bei jeder Gelegenheit ihre Untermüdigkeit betonten. Die Stimmung, die in der Kollegenchaft bei Bekanntgabe des verbindlich erklärten Schiedsspruchs herrschte, wurde an einzelnen drastischen Beispielen geschildert, als das Signal zum Rückzug ertönte. Die Opposition eines Teiles der Kollegenchaft farbte natürlich auch auf unsere Mitglieder ab. Daß wie im Krieg, so auch in diesem Kampfe falsche Gerüchte verbreitet wurden, wundert uns nicht. Der Vertreter des Gutenbergsbundes hat damit bei einem Teil der Helferinnen Glauben gefunden, obwohl nach der Vergangenheit dieser Organisation ein berechtigtes Mißtrauen angebracht gewesen wäre. Eine Konzerndruckerei hat die Zurücknahme der Kündigung nicht akzeptiert. Das Gesamtpersonal der fünf Betriebe trat darauf in den Streit, der nach zwei Tagen erledigt war, nachdem sich die Firma zur Bezahlung der verfallenen Zeit bereit erklärte. Die Streiks in Dresden und Königsberg fanden eine kurze Würdigung. Den Drahtziehern der Unternehmer möge der Verlauf dieser Lohnbewegung eine Warnung sein, die Schuld der graphischen Arbeiterschaft nicht wieder auf eine solche Belastungsprobe zu stellen. Der Buchdruck, wo nur Klein- und Mittelbetrieb vorherrscht, erforderte eine Anzahl von Betriebsversammlungen, ebenfalls der Steindruck. Eine Streikfackel vor dem Arbeitsgericht wegen unberechtigter Entlassung konnte mit einem annehmbaren Vergleiche erledigt werden. Mit mehreren Firmen wurden wegen Beilegung von Lohnunterschieden verhandelt; überall dort, wo das Personal gut organisiert ist, gelang es, Verbesserungen zu erzielen. Ein Vergleich unserer Löhne im Steindruck mit denen anderer Druckorte ergibt die zwingende Notwendigkeit, einen Ausgleich zu schaffen. Die Agitation hat bisher gute Erfolge gezeitigt, so daß auch ein guter Erfolg der Bewegung, ob mit oder ohne Kampf, garantiert ist. Nach dem Klassenbericht der Kollegin Taubmann betragen die Einnahmen für die Hauptkassette 9063 M.; trotz großer Ausgaben für Unterhaltungen wurde ein Ueberschuß von 5631 M. erzielt. Die Lokalfakke hatte 3298 M. Einnahmen, Ausgaben 2476 M., so daß der Kassensaldo 8456 M. beträgt. Die Mitgliederzahl hat sich um 56 erhöht. Kollege Auppert befragte die Uebereinstimmung der Bücher und Kasse. Ueber den nächsten Punkt: Die Bedeutung des Verbandstages und die Vorschläge zur Delegiertenwahl führte der Vorlesende aus, daß der Gau drei Delegierte zu entsenden hat, zwei entsallen auf den Vorort. Der Antrag auf Einführung der Invalidenunterstützung dürfte das größte Interesse beanspruchen. Nachdem diese Unterstützung bereits in den anderen graphischen Verbänden eingeführt ist und bei fast allen größeren Gewerkschaften zur Debatte steht, macht sich auch bei uns das berechtigte Verlangen nach einer gewerkschaftlichen Fürsorge im Falle der Invalidität geltend. Eine Menge Anträge fördern den Ausbau der bisherigen Unterhaltungen, es zeigt sich das Bestreben, vor allem den älteren Mitgliedern eine längere Bezugsdauer bzw. höhere Sätze zu gewähren. Schon das Bewußtsein, daß der Verband für die Zeit des Alters, wenn die höchsten Sätze ruhen müssen, einen Zufluß zur fargen Rente gewährt, wird ein neues Bindes- und Werbemittel sein. Besonders unter den verheirateten Kolleginnen, die unter dem Doppel-

loch der Erwerbs- und Hausarbeit stehen, gibt es viele, die schon in den vierziger Jahren invalid werden. Bei der Verbreitung von den alljährlichen Weihnachtsunterstützungen an unsere alten ausgedienten Mitglieder konnten wir bisher schon feststellen, mit welcher Dankbarkeit diese Beihilfen aufgenommen wurden. In der Aussprache betonte Kollege Strimwich in entscheidender Weise die notwendige Erhöhung der Streifenunterstützung und sprach sich gegen die Erhöhung der Aufnahmegebühr aus. In Druckorten mit fluktuierendem Mitgliederstand, dem Wechsel in andere Berufe usw. ist es erklärlich, wenn Mitglieder öfters den Weg in die Kunststempel finden.

Kollege Dagner begrüßt es als ein Zeichen wachsender Einigkeit und gestärkter Selbstvertrauens, daß die Stellung von aussichtslosen Anträgen auch auf Gründung des graphischen Industriebundes unterblieben ist. Diese Ausführungen gaben einem politisch linksstehenden Kollegen das Stichwort zu einer längeren Rede über die Notwendigkeit des Zusammenflusses, Schaffung einer Jugendbewegung, Einheitslöhne in einem Reichsstarif für das Steindruckpersonal usw. Diese Wünsche haben wir nach der Revolution, in der Zeit des Rätegedankens und des graphischen Bloks, schon öfters begründet gehört. Es war nicht schwer, diese Parole auf ihren richtigen Wert zurückzuführen. Auch ein anderer Kollege stellte sich als ein ideller Freund, aber auch als ein praktischer Gegner eines sofortigen Zusammenflusses vor. Den Bericht vom Gantag in München erstattete Kollege Strimwich. Besonders der Sturmlauf des Deutschen Buchdruckervereins gegen die letzte Lohnherhöhung erfuhr eine ausführliche Darstellung, auch die sachkundigen Ausführungen des Kollegen Hornte über die Aufgaben des Kölner Verbandstages fanden eine gedrungene Wiedergabe. Hierzu erfolgte die Bekanntgabe der Vorschläge für die Delegiertenwahl zum Verbandstag. In Vorschlag gebracht wurden: Die Kolleginnen Taubmann, Einder und Radig sowie die Kollegen Strimwich, Schäfer und Wächter. Als Wahlkommission fungieren die Revisoren. Bei der Besprechung örtlicher Angelegenheiten wurde verwiesen auf den Beschluß der letzten Vertrauenspersonifikation für das Steindruckpersonal. Die bevorstehenden Verhandlungen über den neuen Tarifabschluß für Lithographen und Steindruck sind auch für uns von großem Interesse, weil die Bestimmungen des Manteltarifes zum Teil eine Rückwirkung auf unsere Mitglieder haben. Die Mitteilung, daß am 15. Juli ein Langzänkchen stattfindet, wurde freudig aufgenommen und bildete den Schluß der sehr anregend verlaufenen Versammlung.

Rundschau.

Heileres von der deutschen Kleinanfertigung. Die lächerlichste Entlaste, die es in Deutschland gibt, ist die württembergische Entlaste. Insofern, die im badischen Gebiet liegt. Sie zählt 35 Personen. Es gibt dort keinen badischen Schuhmann, das Gebiet württembergisch ist, aber auch keinen württembergischen Schuhmann. Es herrscht also Behördenfreiheit.

Dieser Zustand wäre ideal, wenn nicht ein anderes hinzukäme, das für sich praktisch gemordet ist. Die Entlaste ist Teilgemeinde der württembergischen Stadt Tuttlingen. Die Anmeldung einer Geburt muß also auf dem Rathaus in Tuttlingen erfolgen. Der glückliche Vater muß zunächst zu Fuß zur Bahnhstation Sengen gehen. Halbwegs auf diesem Wege liegt das Rathaus in Sengen, aber dort darf er die Geburt nicht anmelden. Er muß sich in Sengen auf die Bahn setzen und nach Tuttlingen fahren, macht hin und zurück 80 Kilometer und einen verlorenen Arbeitstag. Ebenso umständlich vollziehen sich die Geschäfte mit den übrigen Behörden. Es lebe die Eigenart der 35 Einwohner von Sengen!

Vorsicht bei Versicherungsabschlüssen! Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erließ in seinen Bundes-Mitteilungen für die Ortsauschüsse eine Aufforderung, der wir folgendes entnehmen:

Um sich in den Arbeiterämtern einzuführen, wird von einigen Versicherungsagenten als besonderes Zugmittel darauf verwiesen, daß hinter ihrer Gesellschaft die Gewerkschaften ständen. Dieser Sachverhalt gebietet uns, darauf hinzuweisen, daß ein solches Verhalten eine mißbräuchliche Ausnutzung des gewerkschaftlichen Ansehens ist, zu der keiner dieser Agenten eine Berechtigung hat. Unsere Gewerkschaften haben gemeinsam mit dem Zentralverband der Konsumgenossenschaften die „Volksfürsorge“ als eigenes Versicherungsunternehmen geschaffen. Die Versicherungsbedingungen dieses gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsunternehmens werden an Liberalität von keiner anderen Versicherungsgesellschaft übertroffen. Jede Berufung darauf, daß die Gewerkschaften hinter anderen Versicherungsgesellschaften als der „Volksfürsorge“ ständen, ist nur eine Spekulation auf die leider immer noch vorhandene Unwissenheit breiter Arbeiterschichten. Wir eruchen deshalb die Ortsauschüsse, dafür zu sorgen, daß endlich Klarheit darüber geschaffen wird, daß nur die „Volksfürsorge“ als gewerkschaftliches Versicherungsunternehmen in Betracht kommt.

Sprachkenntnis als Mittel zur Bessere-ehnung. Die „Freunde der internationalen Kleinarbeit“ pflegen seit längerer Zeit den Brief-, Zeitungs- und Buchaustausch zwischen Gefinnungs- und Freunden vieler Länder. Aus allen Briefen klingt aber auch hervor, daß es nicht genüge, zu wissen, daß jenseits der Berge, jenseits des Wassers Menschen leben, die um dieselben Ideale ringen. Es wird immer wieder der Wunsch laut, sich auch einmal persönlich kennenzulernen. Und so kommt es denn, daß sich in sehr vielen Fällen dem vorausgegangenen Meinungsaustausch ein gegenseitiger Besuch beim Freunde anschließt, dessen Unkosten sich auf die Reisefkosten und einige kleine Nebenausgaben beschränken.

Zurzeit liegen wieder eine Anzahl Adressen englischer Freunde vor, die darauf waren, allereinstens eine Freundschaftskorrespondenz mit deutschen Gefinnungs- und Freunden beginnen zu können. Selbstverständlich wird auch der Austausch mit französischen Gefinnungs- und Freunden gepflegt und weiter ausgebaut.

Alle weiteren Auskünfte erteilt die Vereinigung „Die Freunde der internationalen Kleinarbeit“ in Berlin SW 19, Kurfürststr. 32, die auch ein zweisprachiges Blatt „Der Pionier“ resp. „The Pioneer“ herausgibt.

Schallplattenrevue. Eine von denjenigen Industrien, die gar nicht wissen, wo sie die Gewinne unterbringen sollen, ist die Industrie der Sprekplatten und -apparate. In der Hauptkassette hat es sich um die Polyphon-Werke A.-G. und Carl Lindström A.-G. Die Aktien dieser Werke werden zu den höchsten Kursen an der Börse gehandelt. Lindström konnte seinen Bruttoüberschuß im vergangenen Jahre von 3,1 auf 8,6 Millionen Mark steigern. Der Nettogewinn erfuhr eine Steigerung von 1,2 auf 3,4 Millionen Mark. Für Abstreibungen und Rückstellungen wurden 2,2 (0,3) Millionen Mark vermerkt. Der Reingewinn stieg von 0,96 auf 1,47 Millionen Mark. Die Dividende erfuhr eine Erhöhung von 10 auf 15 Prozent. Der erhebliche Ausbau der Betriebsanlagen wurde reiflos aus laufenden Einnahmen bestritten. Das Maschinenkonto wurde von 500 000 auf 1 Mark heruntergebracht. Wehlich war die Entwicklung bei Polyphon. Auf das erhöhte Aktienkapital wurde eine Dividende von 14 Prozent gegen 9 Prozent ausgesetzt. Der Nettogewinn stieg hier von 0,97 auf 2,24, der Reingewinn von 0,80 auf 2,05. Auch bei dieser Gesellschaft wurden Rückstellungen in bedeutend höherem Umfang vorgenommen. Die Schallplattenindustrie ist international fast verflochten. Die oben genannten Unternehmen haben Interessengemeinschaften mit amerikanischen und englischen Firmen. Es ist das Merkmal aller jungen Industrien, daß sie sich auf internationalen Grundlagen entwickeln. Trotz der Entwicklung des Radios oder vielleicht im Zusammenhang damit vermochte die deutsche Schallplattenindustrie einen so günstigen Stand zu erreichen.

Literatur.

Kulturwille. Heft 5/1928. „Agitation und Organisation der Massen.“ Verlag Arbeiterbildungsinstitut, Leipzig. Braunk. 17. Jahresabonnement 3 RM., Einzelheft 30 Pf.

Das neueste Heft des Kulturwillens erschien unter dem Thema „Organisation und Werbung der Massen“. Eine besonders für die Lage glänzend gewählte Fragestellung.

Schon wieder liegen uns zwei Bändchen der Kleinbilderei. Heft 11 „Der Kleindruck“ mit bunter Druckvorlage und Heft 7 „Das Pantone-verfahren“ mit einem Originaldruck, der überaus normstrebenden Verlagsgesellschaft der Firma Rudolph Bode in Leipzig vor. Der Inhalt von Heft 11 ist von zwei bekannten Fachleuten, Fischer und Weber, in leicht faßlicher Weise geschrieben und erklärt den Kleindruck von der photographischen Aufnahme an bis zum fertigen gezeichneten Druck. Daß die Reihe der Kleinbilderei auch äußerlich ihren Eindruck nicht verfehlt, ist Heft 11 in minutiöser Gekunsteltheit gebunden.

Den Text des in originellen Vermitteletzerart gebundenen Heftens 7 schrieb der bekannte Amerikaner Louis Glaser, die Uebersetzung besorgte Hans Carst. Auch dieses Bändchen will von dem noch in etwas fagenhaftes Dunkel gehüllten Pentoneindruck den Schleier lüften und genau zeigen, „Wie es gemacht wird“.

Beide Bändchen sind auf holzfreies Papier gedruckt und kosten je Stück 1.— RM.

Abrechnungen.

In der Woche vom 7. bis 12. Mai sind nachfolgende Abrechnungen bei der Hauptkassette eingegangen: Gau 2 aus Frankfurt a. M., Gau 8 Berlin, Gau 8a Magdeburg, Gau 9 Hannover und Bielefeld, und aus Danzig.

Geldsendungen kamen aus Frankfurt a. M. 8967,95 M., Berlin 834 M., Bielefeld 5226,69 M., und aus Hannover 3070 M.

Berlin, den 12. Mai 1928.

S. Lodaß.

Für die Woche vom 13. bis 19. Mai ist die Beitragsmarke für das 20. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Unserer Kollegin Agathe Kaefer und Bräutigam Herrn Waldemar Brodeßki zu ihrer am 12. Mai stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Dortmund.

Unserer lieben Kollegin Käthe Hillekes nebst Bräutigam zu der am Samstag, dem 19. Mai, stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Düsseldorf.

Unserer lieben Kollegin Martha Krause und Gemahls die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Zahlstelle Slettin.

Am 4. Mai konnte der Kollege

Wilhelm Wiesener

auf eine 25jährige Tätigkeitszeit als Hilfsarbeiter und Motortaxidriver im Betriebe der Firma Otto Schmeck (Zerstörer Ertrappoff) zurückzuführen. Unsere Glückwünsche begleiten ihn auf seinem weiteren Lebensweg.

Die Kollegen des Ortsvereins Zerbst in Anhalt.

STERBETAFEL

Bertha Büchner

Anlegerin, geb. am 27. Mai 1882, beschäftigt zuletzt in der Firma V. Lengner, verstorben am 14. März 1928,

Martha Maschwitz

Anlegerin, geb. am 5. Juni 1887, zuletzt beschäftigt in der Firma Hesse & Beder, verstorben am 21. April 1928,

Martha Richter

Hilfsarbeiterin, geb. am 8. April 1906, zuletzt beschäftigt in der Firma Hesse & Beder, verstorben am 30. April 1928.

Sämtliche verstorbenen Kolleginnen waren langjährige treue Verbandsmitglieder.

Ein ehrendes Gedächtnis bewahrt den Verstorbenen Die Zahlstelle Leipzig.

Verantwortlich für Redaktion R. Schübe Charlottenburg, Weichselstr. 16 Fernruf Amt Wilhelm 1828. Verlag S. Voland, Charlottenburg. — Druck: Fortwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68.